



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 26. Ratssitzung vom 7. Dezember 2022

### 1105. 2022/516

**Dringliches Postulat von David Ondraschek (Die Mitte), Walter Angst (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2022:**

**Verrechnung des 1,5-fachen Betrags auf Basis des Normkostensatzes pro Krippenplatz für Babys an die Kitas**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*David Ondraschek (Die Mitte) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 810/2022): Kitas wird ein Maximum an zu vergebenden Plätzen vorgeschrieben. Kinder bis zum Alter von 18 Monaten belegen jeweils 1,5 Plätze. Sie bringen aber nicht denselben Ertrag wie Kinder, die älter als 18 Monate sind und nur einen Platz belegen. Für diejenigen, die älter als 18 Monate sind, gilt der aktuelle Normkostensatz von gut 120 Franken pro Tag. Für Kinder bis zum Alter von 18 Monaten sollte der Ertrag das 1,5-fache des Normkostenbeitrags sein, also 180 Franken pro Tag. Dem ist aber nicht so. Die Stadt vergütet den Kitas aktuell bei subventionierten Plätzen 50 Franken zusätzlich. Zusammengerechnet sind das immer noch weniger als die genannten 180 Franken. Bei nicht subventionierten Plätzen müssen Kitas die gesamten Kosten an die Eltern weitergeben. Das ist nicht zumutbar. Familien ohne Subventionen bezahlen für eine Betreuung an drei Tagen der Woche gut 1800 Franken im Monat – ein happiger Betrag. Diese Kosten könnten Mütter zum Entscheid bewegen, länger mit dem Wiedereinstieg ins Berufsleben zu warten. Der Höchstbetrag beträgt 145 Franken pro Tag, deutlich weniger als der 1,5-fache Normkostenbetrag. Somit ergeben sich noch weniger Einnahmen als bei subventionierten Plätzen, also bei 60 Prozent aller Kitaplätze. Hier setzt das Postulat an. Die Differenz zwischen dem Elternbeitrag und dem 1,5-fachen Normkostenbeitrag soll von der Stadt ausgeglichen werden. Bei den subventionierten Plätzen ist der Elternbeitrag von 145 Franken die Basis. Qualitätsmassnahmen für Kitas sind mit Mehrkosten für die Stadt verbunden. Kitas gewinnen durch die Umsetzung dieses Postulats den nötigen finanziellen Spielraum, um die Qualität zu verbessern. Gleichzeitig kann die Stadt über Verträge weitere Schritte dazu anstreben. Bekannt ist, dass gezielte finanzielle Massnahmen im frühkindlichen Bereich zu Einsparungen in späteren Jahren führen.*

*Mélissa Dufournet (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 9. November 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat beantragt nichts anderes als einen Paradigmenwechsel. Bisher wurde zwischen subventionierten und nicht subventionierten Plätzen unterschieden. Mit diesem Postulat sollen auch nicht subventionierte Plätze mit dem 1,5-fachen Normkostensatz abgegolten werden. Wenn eine Kita einen nicht subventionierten Platz für einen Säugling anbietet und dafür beispielsweise 145 Franken pro Tag verlangt, würde die Stadt die Differenz von diesem Betrag zum 1,5-fachen Normkostensatz bezahlen. Momentan ist der Normkostensatz noch bei 120 Franken, er*



wird aber voraussichtlich bei der nächsten Budgetdebatte auf 131,20 Franken erhöht. Die Stadt würde also Haushalte, die über genügend Einkommen verfügen, mit einer Spende an die externe Kinderbetreuung unterstützen. Ob das sinnvoll ist, muss in Frage gestellt werden. Solche Familien könnten sich durchaus einen teureren Kitaplatz leisten. Wenn mit diesem Postulat der Mittelstand gestärkt werden soll, muss die Schwelle tiefer angesetzt werden. Das Geld der Stadt soll denjenigen zugutekommen, die es benötigen. Das Postulat setzt ausserdem keine Bedingungen: Was die Kitas mit dem zusätzlichen Geld machen, steht nicht fest. Es könnte für höhere Löhne, eine höhere Qualität der Betreuung, aber auch höhere Auszahlungen für die Eigentümer verwendet werden. Wir wissen es schlicht nicht. Nur weil man Geld ins System pumpt, heisst das noch nicht, dass es dort ankommt, wo man es sich wünscht. Gemäss der Studie der KPMG AG von Anfang 2022 gibt es in Zürich genug Plätze für Säuglinge. Die momentane Regelung hat also nicht dazu geführt, dass Plätze für Säuglinge zur Mangelware wurden. Das liegt vielleicht daran, dass es attraktiv ist, Plätze für Säuglinge anzubieten, da diese oft bis zum Kindergartenalter in der Kita bleiben. Nichtsdestotrotz wird durch die momentane Regelung ein Ungleichgewicht geschaffen. Wir wären bereit gewesen, den Normkostensatz für Säuglinge zu erhöhen – aber nur bei den subventionierten Plätzen. Zudem beantragt der Stadtrat im Budget 2023 rund 10 Millionen Franken zur Finanzierung eines höheren Normkostensatzes. Anstatt die Auswirkungen abzuwarten, wird mit diesem Postulat vorgegriffen und nachgedoppelt. Die FDP hat den Ablehnungsantrag gestellt, weil das Postulat die Finanzierung von Kitaplätzen komplett auf den Kopf stellt.

Weitere Wortmeldungen:

**Marcel Tobler (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt dieses Postulat. Es beseitigt gewisse Ungleichheiten im Bereich der Krippenplätze. Das muss man unterstützen. Das eigentliche Problem ist nicht das Finanzierungsmodell von Kitas, sondern dass die Schweiz keine Elternzeit kennt. Säuglinge müssen nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs in eine Kita. Mit Einführung der Elternzeit könnten der Betreuungsbedarf und die benötigten Kitaplätze erheblich gesenkt werden und das Finanzierungsproblem würde wegfallen.

**Yves Henz (Grüne):** Die Grüne-Fraktion kann die Logik hinter dem Postulat nachvollziehen: Wo mehr Ressourcen genutzt werden, sollen mehr Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine angemessene Betreuung zu gewährleisten. Wir haben aber Bedenken. Bei gewissen gewinnorientierten Betrieben würde diese Subvention nicht zu einer höheren Qualität der Betreuung, sondern zu höheren Dividenden für die Aktionäre führen. Das ist keine Aufgabe des Staates. Nach Abwägen beschlossen wir Stimmfreigabe.

**Walter Angst (AL):** Leider erreicht man mit diesem Postulat keinen Paradigmenwechsel. Es wird auch niemand mit einem höheren Einkommen weniger bezahlen. Es stellt bloss sicher, dass die Qualität der Betreuung, die kantonal festgelegt ist, finanzierbar ist. Das kommt Kindern von reicheren Eltern zugute, das ist richtig. Es kommt uns nämlich allen zugute, Kindern von reicheren und ärmeren Eltern und somit der ganzen Gesellschaft. Es ist nur fair, den Kitas, die bestimmte Vorlagen erfüllen müssen, unter die Arme zu greifen. Ich bin überzeugt, dass die Stadt Zürich von einem grundsätzlichen



3 / 3

*Paradigmenwechsel profitieren würde. Die Kinderbetreuung, ob in der Kita oder der Tagesschule, ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die die Stadt Zürich gut erfüllt. Sie sollte nicht durch berechenbare Manöver der FDP, wie Steuersenkungen statt Ausbau der Betreuungsangebote, in Frage gestellt werden.*

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 35 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat